

EU-Kommission unter Druck: Aspartam-Verbot gefordert!

foodwatch fordert ein Verbot von Aspartam in der EU aufgrund möglicher Gesundheitsrisiken. Petition gestartet!

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Diskussion um den umstrittenen Süßstoff Aspartam gewinnt an Schwung. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat die EU-Kommission aufgefordert, die Zulassung dieses weit verbreiteten Stoffes zu widerrufen. In einem jüngst veröffentlichten Bericht warnt sie vor potenziellen Gesundheitsrisiken, die mit Aspartam verbunden sind, und kritisiert die europäische Sicherheitsbewertung als intransparent und zu stark beeinflusst von industriefinanzierten Studien. Dr. Rebekka Siegmann von foodwatch betont: „Verbraucher:innen sind keine Versuchskaninchen der Industrie – was auf den Teller kommt, muss sicher sein.“ Laut foodwatch sollte Aspartam erst dann wieder zugelassen werden, wenn eine unabhängige Neubewertung seine Sicherheit nachweist. Dies ist umso wichtiger, da die Internationale Krebsforschungsagentur (IARC) Aspartam 2023 als potenziell krebserregend eingestuft hat, während eine ältere Studie, die die Sicherheit bestätigte, vom größten Aspartam-Hersteller finanziert wurde. Daher wurde eine europaweite Petition für ein Verbot in Zusammenarbeit mit der französischen Anti-Krebs-Liga und der Lebensmittel-App Yuka gestartet.

Lebensmittelzusatzstoffe und Sicherheitsbewertungen

Aspartam ist in Europa als Lebensmittelzusatzstoff (E 951) weit

verbreitet und kommt in gelieferten Waren wie diätetischen Getränken und Süßigkeiten vor. Trotz jahrzehntelanger Zulassung betont die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), dass eine Neubeurteilung 2013 ergab, dass Aspartam für den menschlichen Verzehr sicher sei. Diese Einschätzung wurde jedoch durch die Kritik von foodwatch infrage gestellt, die darauf hinweist, dass 73 Studien, die gesundheitliche Risiken aufgezeigt haben, als unzuverlässig eingestuft wurden, während die Mehrheit der industriefinanzierten Studien als glaubwürdig akzeptiert wurde.

In Österreich gibt es nun eine wachsende Besorgnis über die Sicherheit von Aspartam, wobei laut einer Umfrage 67 Prozent der Bevölkerung ein vorsorgliches Verbot unterstützen. Thomas Kainberger von foodwatch Österreich fordert ein Umdenken: „Die Gesundheit der Konsument:innen muss im Vordergrund stehen – und diese wollen mit Sicherheit keine schädlichen Zusatzstoffe in ihren Getränken.“ Politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Zuckerkonsums, wie eine Limo-Steuer, werden diskutiert, jedoch wird auch hier betont, dass schädliche Ersatzstoffe wie Aspartam nicht toleriert werden sollten. Die Debatte um Aspartam wird also weiterhin für Aufregung sorgen, da mehr Länder Vorschriften zur Sicherheit von Lebensmittelzusatzstoffen erlassen wollen.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.efsa.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at